

Kristina Lunz

## Feministische Außenpolitik



Kristina Lunz (Foto: Bettina Steinacker).

*Auf der Jahrestagung 2022 des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW sprach Kristina Lunz vom Centre for Feminist Foreign Policy eine der beiden Keynotes. Sie sprach in einem freien Vortrag über feministische Außenpolitik. Wir konnten ihren Beitrag transkribieren und sie hat ihn für die Dokumentation im Journal 51 freigegeben.*

Ich spreche sehr viel in politischen Settings, viel weniger in akademischen, deshalb möchte ich mich herzlich für die Einladung an die Universität bedanken und freue mich auf die anschließende Diskussion. Ich bin keine Akademikerin, sondern eine Mischung aus Autorin und Unternehmerin eines gemeinnützigen Unternehmens, dem *Centre for Feminist Foreign Policy*, mit einem Team von 17 Personen in Berlin. Und ich bin Aktivistin.

Ich werde über feministische Außenpolitik sprechen. Feministische Außenpolitik ist gerade in aller Munde. Besonders in Deutschland. Dies hat zu tun mit Außenministerin Annalena Baerbock, die das Thema immer wieder stark benennt und bespielt. Im Auswärtigen Amt wurde ein Prozess zur Entwicklung einer Strategie hin zu feministischer Außenpolitik eingeleitet. Vor genau einem Jahr, am 25. November 2021, hatte die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine feministische Außenpolitik verankert. Dass die Bundesregierung zu dieser Strategieänderung gefunden hat, war ein längerer Weg. Und wir vom *Centre for Feminist Foreign Policy* durften ihn begleiten. Vor allem angesichts der feministischen Proteste, der Aufstände, der Revolution im Iran hat das Thema noch einmal mehr Aufmerksamkeit erhalten, nicht zuletzt, weil es

auch viel Kritik an der Außenministerin Annalena Baerbock und dem deutschen Auswärtigen Amt gibt. Die Kritik lautet: ‚Ja, wo ist sie denn jetzt, die feministische Außenpolitik, wenn wir sie mal brauchen? Jetzt könnte sie sehr gut eingesetzt werden.‘ Wir vom *Centre for Feminist Policy* hatten vor zwei Wochen eine Veranstaltung zu feministischer Außenpolitik und der Situation im Iran, die sich online auch noch angeschaut werden kann, hier sprach auch die Außenministerin. Feministische Außenpolitik ist ein komplexes Thema.

Es geht dabei gleichzeitig um die Einbeziehung feministischer Theorie in internationale Beziehungen und um die Entwicklung von feministischem Aktivismus in der Diplomatie – beides in einer Verbindung von feministischer Theorie, feministischem Aktivismus und Diplomatie. Das haben wir uns vom *Centre for Feminist Foreign Policy* zur Aufgabe gemacht.

### Der Frauenfriedenskongress 1915 in Den Haag

Feministische Außenpolitik hat eine sehr lange Tradition. Im Jahre 1915, während des Ersten Weltkrieges, kamen in Den Haag 1.200 Feministinnen, Frauen, zusammen, um nicht nur ein Ende des Ersten Weltkrieges zu fordern, sondern auch um 20 Resolutionen zu verabschieden, die unter anderem eine Verbindung von politischer Emanzipation der Frauen und Friedensförderung herstellten. Die meisten Frauen, die nach Den Haag reisten, besaßen noch kein Wahlrecht. Doch forderten sie in ihren Resolutionen nicht nur eine politische Partizipation, sondern auch die Abschaffung des militärischen industriellen Komplexes, Mediation als Hauptweg zur Konfliktlösung oder auch ein Verbot von staatlicher Aggression gegenüber anderen Staaten. Die Resolutionen und Forderungen, die sie in Den Haag verabschiedeten, wurden im Folgenden Staatsoberhäuptern in Europa, aber auch dem US-amerikanischen Präsidenten Wilson, dem Papst und anderen vorgetragen. Das fiel bei den Herrschaften kaum auf fruchtbaren Boden. Es ist keine Überraschung, wenn ich erzähle, dass diese Forderungen, von feministisch denkenden Frauen vorgetragen, als naiv abgestempelt wurden. Doch im Laufe der Zeit wurden viele dieser Forderungen Realität. Beispielsweise als nach 1945 die Vereinten Nationen gegründet wur-

den und der Internationale Strafgerichtshof. Dies zeigt, wie visionär die Forderungen der Feministinnen 1915 waren.

### **Realismus als politisches Paradigma im Patriarchat**

Unter Patriarchat verstehe ich hier eine jahrtausendealte Gesellschaftsstruktur, die auf der Normalisierung, Straflosigkeit und Allgegenwärtigkeit von männlicher Gewalt basiert. Männer, überwiegend *weiße* Männer, haben in unseren patriarchalen Strukturen eben nicht nur den Stift gehalten, um die Geschichte niederzuschreiben, sondern zugleich dafür gesorgt, dass in der niedergeschriebenen und interpretierten Aufzeichnung der Vergangenheit der Menschheit praktisch nur Männer vorkommen, als bedeutend dargestellt und tradiert wurden. Die aktuellen Strukturen und Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik basieren auf dem patriarchalen sogenannten ‚realistischen Paradigma‘. Dieses wird seit den 1980er-Jahren vermehrt von feministischen Akademiker:innen und Intellektuellen kritisiert, denn es legt seinen Fokus auf staatliche und militärische Sicherheit. Es ist fundamental zu verstehen, dass ein Großteil der heutigen außen- und sicherheitspolitischen Institutionen auf toxischen, gewaltvollen Paradigmen bestehen, die *weiße* Männer aus dem globalen Norden aus ihrer damals unangefochtenen Position der Deutungshoheit heraus formulierten. Der sogenannte Realismus ist die einflussreichste Denkschule innerhalb der internationalen Beziehungen. Bitte verwechseln Sie nicht diesen Realismus mit sogenannter Realpolitik als politische Handlungsmaxime.

Für den Realismus als Denkschule innerhalb der internationalen Beziehungen sind die Sicherheit und die Interessen eines Staates, sein Machterhalt, seine staatlichen Institutionen und nationale Grenzen elementar und müssen mit allen Mitteln inklusive militärischer Gewalt verteidigt werden. Androhung von Gewalt und militärische Abschreckung, beispielsweise nukleare Abschreckung, sind für dieses Denken zentral. Der Realismus sieht die Existenz von Staaten nebeneinander als Anarchie, weil es keine supranationale Regierung gibt. In diesem angenommenen anarchischen Zustand sichern sich Staaten, um mächtig zu sein, Macht und Einfluss, indem sie andere Staaten unterdrücken, beispielsweise durch Imperialismus, Kolonialisierung oder militärische Übergriffe. Dazu braucht es Militär und Waffengewalt. Individuen und deren Bedürfnisse sowie die Umwelt spielen in diesem Konzept kaum eine Rolle. Sicherheitsbedürfnisse von

Individuen werden den Sicherheitsbedürfnissen von Staaten total untergeordnet. Solch ein Denken und das daraus hervorgehende Handeln können niemals zu einer Politik und die sie stützenden Institutionen führen, die die Sicherheit aller Menschen ins Zentrum stellt. Dies ist jedoch die Hauptforderung feministischer Außenpolitik: Sicherheit der Individuen und nicht militärische Sicherheit. Und was hat das mit dem Patriarchat zu tun? Wie genau hängt das Patriarchat mit dem Realismus als politische Denkschule zusammen?

### **Das Internationale Jahr der Frau**

In patriarchalen Kulturen ist Männlichkeit positiv konnotiert und mit Stärke verbunden. Feminität hingegen wird mit Schwäche verbunden und negativ konnotiert. In dieser Zuordnung gelten Dominanz und Aufrüstung als Zeichen von Stärke, Rationalität und Macht, Kooperation und Abrüstung hingegen als Zeichen von Schwäche, Naivität und als unrealistisches Denken. Waffen sind synonym für Macht, Macht bedeutet Waffen und Waffengewalt. Dieses gegenderte Verständnis fußt auf dem Konzept der sogenannten gewaltsamen Maskulinität, in dem Mannsein mit der Fähigkeit und Bereitschaft verbunden wird, bewaffnete Gewalt auszuüben und Kriege zu beginnen, um sogenannte ‚Schutzbedürftige‘ wie beispielsweise Frauen zu schützen. Der Realismus zementiert also die Vorherrschaft von Männern gegenüber Frauen, die Haltung, andere zu dominieren und eigene Interessen sowie Hierarchien mit Gewalt durchzusetzen. Das ist der Kern des Patriarchats.

Zum Glück begannen gen Ende der 90er-Jahre immer mehr akademische Feminist:innen, sich mit den Theorien der internationalen Beziehungen auseinanderzusetzen. Vordenkerinnen wie *Judith Ann Tickner, Chandra Mohanti, Gayatri Chakravorty Spivak, Christine Sylvester, Rebecca Grant* und viele andere analysierten den Realismus als herrschendes Paradigma in internationalen Beziehungen. Seit dieser Zeit haben sich feministische Bewegungen weltweit gegenseitig sehr stark befruchtet. Das, was an Universitäten, in akademischen Sphären diskutiert wurde und das, was eher auf der Straße oder im politischen Kontext passierte, vor allem in sozialistischen und antiimperialistischen Frauengruppen, ging vielschichtige Verbindungen ein. Vor allem Ost-Süd-Allianzen pochten schon sehr früh darauf, das Thema Frauenrechte in Verbindung mit Kolonialismus, Imperialismus und Aufrüstung zu setzen und es somit als Teil der Außenpolitik oder zumindest der internationalen

Beziehungen zu verstehen. Akademikerinnen wie *Kristen R. Ghodsee* – sie ist die Autorin von „Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben“ – erinnerte uns daran, dass feministische Bewegungen in staatssozialistischen Ländern wie der damaligen UdSSR und Bewegungen im globalen Süden für die Entwicklung internationaler Politik ab den 1950er-Jahren sehr bedeutend waren. So schreibt sie, dass Anfang der 1970er-Jahre die Sowjetunion und ihre Verbündete durch die Diskussionen von Frauenfragen bei den UN dominierten.

Entwicklungen wie beispielsweise das von den Vereinten Nationen für 1975 ausgerufene „Jahr der Frau“, dem dann von 1976 bis 1985 die UN-Dekade der Frau mit großen Konferenzen in Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985) folgte, wurden vor allem von diesen Ost-Süd-Allianzen angestoßen. Es gab wichtige Ereignisse in den 1990er-Jahren wie die Jugoslawienkriege, der Krieg und der Genozid in Ruanda und andere Auseinandersetzungen, die unter anderem dazu geführt haben, dass feministischem Aktivismus Gehör geschenkt wurde und dass sexualisierte Gewalt als Kriegsverbrechen endlich in das internationale Völkerrecht aufgenommen wurde.

### Die Resolution 1325

Dies ist aus feministischer Sicht in internationaler Politik, in Außen- und Sicherheitspolitik doch sehr bemerkenswert, denn sexualisierte Gewalt und die Verwendung von Vergewaltigung als Kriegswaffe gibt es schon so lange, wie es Kriege und Konflikte an sich gibt. Aber erst seit den 1990er-Jahren angesichts der Gewalt in den genannten Kriegen und dank feministisch denkender Akteurinnen in entsprechenden Institutionen wie den Vereinten Nationen konnte sexualisierte Gewalt in Konflikten als Kriegsverbrechen anerkannt werden. Seit den 1990er-Jahren wurde feministisch aktivistisches Agieren in den Vereinten Nationen und vor allem beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen immer stärker. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist das international wichtigste Gremium, zumindest laut der UN-Charta, zum Erhalt von internationalem Frieden und Sicherheit. Er besteht aus fünf ständigen Mitgliedern mit Vetomacht und zehn „non permanent Members“. Bis Ende der 1990er-Jahre gab es hier keinerlei Verständnis für gendersensible, frauenspezifische – wie auch immer in der UN das bezeichnet würde – Dimensionen in internationaler Politik. Feministische Aktivistinnen aus Zivilgesellschaften und Frauenorganisationen weltweit konnten bewirken, dass der Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen am 31. Oktober 2000 auf Anregung der damaligen Frauenministerin von Namibia, *Netumbo Nandi-Ndaitwah*, einstimmig eine sehr wichtige Resolution annahm: die Resolution 1325. Sie spielt für die Entwicklung feministischer Außenpolitik eine wichtige Rolle. Denn sie legte den Grundstein für die „Women, Peace and Security“-Agenda, die mittlerweile in neun Folgeresolutionen weiterentwickelt wurde. Mit dieser Resolution wurde zum allerersten Mal im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anerkannt, dass die Auswirkungen von Kriegen und Konflikten je nach Geschlecht unterschiedlich sind und dass auch die Bedürfnisse beispielsweise von Frauen Relevanz haben für internationale Friedenssicherung. Das war im Jahre 2000!

### Schwedens feministische Außenpolitik

Nach den Parlamentswahlen im Jahre 2014 verkündete Schweden unter der damaligen Außenministerin *Margot Wallström* als das erste Land weltweit seine feministische Außenpolitik: Sie beruhte auf den „drei R“: Rechte, Repräsentation, Ressourcen. Das außen- und sicherheitspolitische Handeln sollte sich daran ausrichten, dass die Rechte von Frauen und anderen politischen Minderheiten gestärkt werden, dass die Repräsentation und die Verteilung von Macht in Außen- und Sicherheitspolitik sowie in diplomatischen Institutionen gerechter wird und dass Ressourcen so eingesetzt werden, dass diese Ziele auch erreicht werden können. Die Staaten, die eine feministische Außenpolitik verfolgen, erhöhen zumeist den Anteil an Geldern für internationale Entwicklung und Kooperationen, die zum Ziel haben, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu stärken.

Nachdem Schweden diesen ersten Schritt getan hatte, fühlten sich auch andere Staaten inspiriert und ermutigt. 2017 verkündete Kanada eine feministische internationale Kooperation, ein paar Monate später Frankreich eine feministische Diplomatie. 2020 positionierte mit Mexiko das erste Land des globalen Südens eine feministische Außenpolitik. Es folgten weitere Länder wie Luxemburg, Spanien, Schottland, die Niederlande oder im letzten Jahr auch Kanada. Bis vor wenigen Monaten waren es weltweit insgesamt elf Staaten, die eine feministische Außenpolitik verfolgen. Seit wenigen Wochen sind es nur noch zehn, weil die durch die Parlamentswahlen in Schweden nach rechts gerückte Regierung dort als erste Amtshandlung sich von der feministischen Außenpolitik verabschiedete.

Der Schritt in Schweden ist ganz typisch für das, was wir international beobachten, nämlich die international zunehmenden Angriffe auf Rechte

von Frauen und LGBTQI durch antifeministische Bewegungen. Wir schauen uns beim *Centre for Feminist Foreign Policy* seit knapp zwei Jahren sehr viel intensiver diese Bewegungen an und versuchen zu verstehen: Wer sind die Akteure? Was sind die Strategien? Wie fließen Gelder? Zwischen 2009 und 2018, also im Zeitraum von zehn Jahren –, dies hat eine EU-Studie gezeigt – wurden über 700 Millionen US-Dollar nach Europa hineinvestiert, um den Abbau von LGBTQI-Rechten und Frauenrechten zu finanzieren.

## Antifeministische Bewegungen

Diese antifeministischen Bewegungen sind gut vernetzt und deshalb stark. Sie haben auch eine Basis im rechtsradikalen bis hin zum rechtsextremistischen Bereich. Erfolge zeigen sich beispielsweise mit der Abschaffung des bundesweiten Rechts auf Abtreibung in den USA, also durch die Kassation der Grundsatzentscheidung zum Abtreibungsrecht *Roe versus Wade*, durch die Abtreibungspolitik in Polen oder sie zeigen sich in der Politik durchaus autokratischer Führer wie Orban in Ungarn, die Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien in Polen und vielerlei andere Beispiele.

Wir beim *Centre for Feminist Foreign Policy* betonen, dass es ohne Feminismus keinen Frieden geben kann. Es gibt viele Argumente für diese Position, aber eine wichtige Forschung, die das begründet, ist beispielsweise die der US-Professorin Valerie Hudson. Valerie Hudson untersucht seit vielen Jahren den Zusammenhang zwischen der Situation von Frauen weltweit, zwischen Kriegsbereitschaft und Friedfertigkeit von Staaten. Mit ihrem *WomenStats Project*, das Daten zur Situation von Frauen aus 176 Ländern aufbereitet, konnte sie zeigen: Das Niveau an Gleichberechtigung in einem Land ist ein Gradmesser für die Gewaltstrukturen nach außen und die Unterdrückungsstrukturen im Inneren. Das Ni-

veau der Gleichberechtigung hat Einfluss auf Gewalt und die Tendenz, zum Beispiel Völkerrecht zu brechen, Menschenrechtskonventionen zu hintergehen oder auch Konflikte und Kriege gegenüber anderen Staaten anzufangen.

## Ohne Feminismus keinen Frieden

Die tägliche Arbeit beim *Centre for Feminist Foreign Policy* dreht sich um Beratung, Briefing, Analysen. Beispielsweise entwickelt gerade Kolumbien eine feministische Außenpolitik, wir sind in den Prozess involviert. Wenn wir mit Regierungen, mit Vertretern und Vertreterinnen von Ministerien sprechen, dann positionieren wir für die Entwicklung von feministischer Außenpolitik vier Prioritäten. Um einen transformativen Wandel internationaler Diplomatie einzuleiten, gilt es sich zu konzentrieren auf:

1. die Verteidigung von Menschenrechten und das Vorgehen gegen die internationale antifeministische Bewegung;
2. den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger:innen weltweit;
3. die Demilitarisierung globaler Sicherheitsstrukturen hin zu feministischer Sicherheit;
4. intersektional verstandene Klimagerechtigkeit und eine strukturierte und wertschätzende Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der feministischen Zivilgesellschaft.

Gerade mit Letzterem, der Augenhöhe mit feministischer Zivilgesellschaft, tun sich Regierungen wahnsinnig schwer: Begegnen auf Augenhöhe. Wenn diese Prioritäten angegangen werden, dann können wir zu einer nachhaltigen Veränderung von globalen Sicherheitsstrukturen und diplomatischem Handeln kommen – hin zu einer Diplomatie und Außenpolitik, die genuin dem Ziel von nachhaltigem Frieden dient. Denn ohne Feminismus kann es einfach keinen Frieden geben.

## Kontakt und Information

Kristina Lunz  
<https://centreforfeministforeignpolicy.org>

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub

universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/77267

**URN:** urn:nbn:de:hbz:465-20230316-134129-4



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.